

Hier klicken, um die optimierte Version im Browser anzuzeigen.



Europäisches Parlament
Verbindungsbüro
in Deutschland

EP.NEWS

September 2022

Monatlicher Newsletter des Verbindungsbüros
des Europäischen Parlaments in Deutschland



Lage der EU

In ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union zieht Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch (14.09.) im Europäischen Parlament in Straßburg Bilanz über die Arbeit der Kommission im vergangenen Jahr und erklärt, wie die Union auf Energiekrise und Hitzesommer reagiert und wie die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg unterstützt wird.

[zum Artikel](#)



Mindestlöhne

mit der neuen EU-Mindestlohn-Richtlinie werden die Abgeordneten grünes Licht für EU-weite Standards für angemessene Mindestlöhne geben. Sie wollen damit die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen Beschäftigten verbessern, Armut trotz Erwerbstätigkeit bekämpfen und Tarifverträge in den EU-

Bürgerpreis: faire Starthilfe

Mit seinem Verein ApplicAid will der Medizinstudent Backtosch Mustafa Menschen unterschiedlichster Herkunft bei Stipendienbewerbungen helfen. Dafür erhält er den Europäischen Bürgerpreis 2022 in Deutschland.

 zum Artikel



Die Plenarwoche

Thementicker - Wichtige Ereignisse im Überblick.



Terminkalender

Ausgewählte Veranstaltungen und Termine der Plenarwoche.

SOZIALE NETZWERKE

EP bei Facebook, Twitter & Co.





Ist die EU krisenfest? Rede zur Lage der Union

Am 14. September steht die jährliche Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der Europäischen Union (State of the European Union - SOTEU) auf der Agenda des Europäischen Parlaments. Mehr als je zuvor werden 2022 die Rede der Kommissionspräsidentin und die Debatte mit den Europaabgeordneten von Krisen und Herausforderungen geprägt sein.

Wie kann die EU die Bürger*innen und Unternehmen angesichts explodierender Energiekosten und Lebensmittelpreisen unterstützen? Welche Lehren müsse aus dem extrem trockenen und heißen Sommer gezogen werden? Und wie geht es weiter nach einem halben Jahr russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine?

Auch die Prioritäten, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der [letztjährigen Aussprache zur Lage der Europäischen Union](#) vorstellte, bleiben aktuell: Wie können wir einen Herbst mit neuen [Coronavirus-Wellen](#) verhindern? Wie gestalten wir den [digitalen Wandel](#), ohne uns weiter in wirtschaftliche Abhängigkeiten zu verstricken?

Klimaschutz vs Energiekrise?

Noch vor dem Krieg und der Energiekrise stellte die Europäische Kommission im Juli 2021 ihr „Fitfor55“-Gesetzespaket vor. Mit zwölf Gesetzesvorschlägen im Rahmen des europäischen Grünen Deal sollen die EU-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 gesenkt werden.

Parlament und Rat haben ihre Positionen zu fast allen Vorschläge festgelegt. Nun beginnen im Kontext der stark gestiegenen Inflation Verhandlungen unter anderem über den schnelleren Ausbau der **Infrastruktur für alternative Kraftstoffe**, ambitionierte Ziele für den Anteil erneuerbarer Energie oder die Einführung einer **CO2-Abgabe auf importierte Waren**. Dabei muss eine Balance zwischen Klimazielen der EU und den finanziellen Belastungen von Bürger*innen und Unternehmen gefunden werden.

Prüfung von Aufbauplänen und Rechtsstaatlichkeit

Dass die europäische Wirtschaft trotz der Krisen noch wächst, ist in großen Teilen dem Corona-Fonds der EU zu verdanken. Ende 2021 hatten sich das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten Rat **auf die Aufbau- und Resilienzfazilität geeinigt**. Dieser Hilfsfonds unterstützt die EU-Mitgliedstaaten mit **723,8 Milliarden Euro (EUR 672,5 Mrd. Stand 2018)** bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie.

In **nationalen Aufbauplänen** haben die EU-Regierungen aufgelistet, wofür genau sie die zusätzlichen Milliarden ausgeben. Die Europaabgeordneten überwachen dieses EU-Konjunkturprogramm und diskutieren regelmäßig mit der Kommission über Fortschritte. Das Parlament fordert dabei von der Kommission auch den Schutz der Werte und Grundsätze der EU. So wurden bisher keine Gelder an Ungarn und Polen ausgezahlt. Beide Staaten haben wichtige EU-Grundwerte unterminiert.

Die externen Krisen dürfen dabei nicht den Blick verstellen auf notwendige interne Reformen der EU. Im Einklang mit den Vorschlägen der Bürger*innen für einen Wandel der EU, die von der **Konferenz zur Zukunft Europas** angenommen wurden, erwartet das Parlament ehrgeizige Reformvorschläge der Kommissionspräsidentin.

Die Rede und die anschließende Debatte sind Teil der Rechenschaftspflicht der Kommission gegenüber dem Europäischen Parlament, dem einzigen direkt gewählten Organ der EU. Die

Europaabgeordneten überprüfen, ob die Kommission die zentralen Anliegen der Europäer*innen berücksichtigt.

Wie kann man die SOTEU-Debatte verfolgen?

Die Debatte wird am Mittwoch, den 14. September ab 9.00 Uhr [live auf der EP-Website](#) übertragen. Eine Verdolmetschung wird in alle 24 EU-Amtssprachen verfügbar sein.

Das Parlament bietet jetzt auch ein **Tool zur Umwandlung von gesprochener Sprache in Text** an. Öffnen Sie den Link zum Streaming, öffnen Sie dann das [Sprachausgabe-Tool](#), nehmen Sie als Gast teil und wählen Sie einfach die gewünschte Sprache.

Sie können die Aussprache auch live auf [Facebook](#) oder [YouTube](#) verfolgen und sich an der Debatte auf unseren Social-Media-Kanälen ([Twitter](#), [LinkedIn](#) und [Instagram](#)) beteiligen. Der Hashtag lautet **#SOTEU**.

Fotos und Videos von der Veranstaltung finden Sie im [Multimediacentre des Parlaments](#). Wie die Europaabgeordneten auf die Pläne der Kommissionspräsidentin reagieren, können Sie in unserem Social Media-Aggregator [Newshub](#) lesen.

Diskussionen und Livestream aus dem Europäischen Haus in Berlin

Die Rede zur Lage der Europäischen Union und die anschließende Debatte im Europäischen Parlament werden zudem im Europäischen Haus in Berlin ab 9:00 Uhr für Besucher*innen übertragen.

Danach werden Patrick Lobis, stellvertretende Leiter der Kommissionsvertretung in Deutschland, Clara Föllmer, Bundesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), Marius Schlageter, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und Luisa Neubauer oder Helena Marschall von Fridays for Future die Rede im Europäischen Haus besprechen.

Mehr zum Programm und zur Anmeldung [hier](#).

Weitere Informationen

[SOTEU-Livestream, 14.9. ab 9 Uhr](#)

[SOTEU-Webseite der Europäischen Kommission](#)



Angemessene Mindestlöhne

In Zeiten steigender Preise ist die EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne ein wichtiger Meilenstein der europäischen Sozialpolitik. Die neuen Regeln werden EU-weite Standards setzen und sollen Millionen Beschäftigten helfen, ein angemessenes Einkommen zu erhalten.

Nach einem Vorschlag der Europäischen Kommission für [angemessene Mindestlöhnen](#) erzielten die Verhandlungsführer*innen des [Parlaments und des Rates](#) am 7. Juni eine [vorläufige Einigung](#) über die Mindestlohn-Richtlinie. Nach der finalen Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments

am 14. September und der formellen Annahme im Rat haben die EU-Mitgliedsstaaten zwei Jahre Zeit, die Richtlinien in nationales Recht umzusetzen.

„Die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne schreibt ein Stück sozialpolitische Geschichte. Erstmals wird ein Rahmenwerk der EU einen direkten Beitrag dazu leisten, dass Menschen für ihre Arbeit gerecht entlohnt werden. Sie ist ein wahrer ‚Gamechanger‘ im Kampf um ein sozialeres Europa“, erklärt [Dennis Radtke](#) (CDU, EVP), Co-Berichterstatter und einer der beiden Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments.

Die monatlichen Mindestlöhne in der EU sind aktuell sehr unterschiedlich und reichen von 332 Euro in Bulgarien bis 2.256 Euro in Luxemburg; Deutschland liegt mit 1.638 Euro auf Platz 5 ([2022/1. Semester, Eurostat-Daten](#)). Einer der Hauptfaktoren für diese Unterschiede sind die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern.

Keine Pflicht zu Mindestlöhnen bei flächendeckenden Tarifverträgen

Die neuen Regeln sollen in den EU-Mitgliedstaaten einen Lohnzuwachs und damit einen besseren Lebensstandard für Mindestlohnempfänger*innen erwirken. Außerdem sollen die Regeln Lohndumping im Binnenmarkt verhindern und dazu beitragen, das [geschlechtsspezifische Lohngefälle](#) zu verringern. Fast 60 Prozent der Mindestlohnempfänger*innen in der EU sind Frauen.

Die neuen Vorschriften werden für alle Arbeitnehmer*innen in der EU gelten, die einen Arbeitsvertrag oder ein Arbeitsverhältnis haben. Ein einheitlicher „EU-Mindestlohn“ wird nicht eingeführt. Die EU-Staaten, in denen die Löhne durch Tarifverträge festgelegt werden, werden nicht verpflichtet, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen oder diese Verträge allgemein gültig zu machen.

Zurzeit werden in sechs EU-Staaten (Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, Italien und Schweden) die Löhne durch Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern festgelegt, die in bestimmten Fällen auch Mindestlöhne vorsehen.

Was sind angemessene Löhne?

Gemäß der Vereinbarung zwischen Parlament und Rat müssen die Mitgliedstaaten zukünftig prüfen, ob ihre bestehenden gesetzlichen Mindestlöhne einen angemessenen Lebensstandard gewährleisten. Dabei können sie ihre eigenen sozioökonomischen Bedingungen, die Kaufkraft oder

die langfristigen nationalen Produktivitätsniveaus und -entwicklungen berücksichtigen.

Für die Bewertung der Angemessenheit stehen ihnen verschiedene Instrumente zur Verfügung. Sie können etwa einen Korb von Waren und Dienstleistungen zu realen Preisen festlegen oder ihren Mindestlohn mit international gebräuchlichen Referenzwerten, wie etwa 60 Prozent des Bruttomedianlohns oder 50 Prozent des Bruttodurchschnittslohns, vergleichen.

Abzüge oder Abweichungen vom Mindestlohn müssen diskriminierungsfrei und verhältnismäßig sein und ein legitimes Ziel verfolgen, wie etwa die Rückzahlung zu hoch gezahlter Beträge oder von einer Justiz- oder Verwaltungsbehörde angeordnete Abzüge.

Tarifverträge wesentlich für Schutz der Beschäftigten

Für einen besseren Schutz der Beschäftigten sollen die Tarifverhandlungen ausgeweitet werden. Zukünftig sollen Mitgliedstaaten, in denen weniger als 80 Prozent der Beschäftigten nach Tarifvertrag arbeiten, einen Aktionsplan aufstellen, um Tarifverhandlungen zu fördern und den Anteil an Arbeitslöhnen nach Tarif zu erhöhen.

Die Aktionspläne sollten einen klaren Zeitplan und konkrete Maßnahmen zur schrittweisen Erhöhung der tarifvertraglichen Abdeckung enthalten. Dabei sollten die Sozialpartner einbezogen werden. Die EU-Staaten müssen die Kommission über die beschlossenen Maßnahmen informieren und ihren Aktionsplan veröffentlichen.

Kontrolle und Recht auf Entschädigung

Parlament und Rat haben sich auf weitere Maßnahmen zur Verbesserung des effektiven Zugangs von Beschäftigten zum Mindestlohnschutz geeinigt. Die EU-Staaten sollen mit zuverlässigen Kontrollen und Vor-Ort-Inspektionen dafür sorgen, dass nationale Vorschriften eingehalten und missbräuchliche Unteraufträge, Scheinselbstständigkeit, nicht erfasste Überstunden oder erhöhte Arbeitsintensität vermieden werden.

Die nationalen Behörden müssen zudem sicherstellen, dass Arbeitnehmer*innen, deren Rechte verletzt wurden, Zugang zur Streitbeilegung haben sowie ein Recht auf Entschädigung.

Stand in Deutschland

In Deutschland gibt es seit 2015 einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Er liegt aktuell bei

10,45 Euro und wird ab Oktober 2022 auf 12 Euro erhöht. Davon werden [nach Angaben der Bundesregierung](#) mehr als sechs Millionen Menschen im ganzen Land profitieren, vor allem Beschäftigte in Mini- und Teilzeitjobs sowie Neueinsteiger.

Weitere Informationen

[Einigung über neue Regeln für angemessene Mindestlöhne in der EU erzielt \(EP-Pressemitteilung vom 06.07.2022, auf Englisch\)](#)

[Text der vorläufigen Einigung zwischen Rat und EP \(15.06.2022\)](#)

 nach oben



EUROPÄISCHER BÜRGERPREIS 2022



Europäischer Bürgerpreis geht an ApplicAid

Der Medizinstudent Backtosch Mustafa wurde durch eine Vielzahl von Stipendien gefördert. Dabei stieß er aber auch auf Hindernisse, die manchen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu solchen Hilfen erschweren. Noch während seines Studiums gründete er deshalb den Verein ApplicAid. Die Organisation setzt sich für Chancengleichheit beim Zugang zu Stipendien ein.

Für diesen Einsatz erhält ApplicAid den Europäischen Bürgerpreis für Deutschland 2022 und wird vom Europäischen Parlament mit einer Medaille ausgezeichnet:

am Montag, den 19. September ab 16 Uhr im Konferenzsaal des Europäischen Hauses Berlin, Unter den Linden 78, in 10117 Berlin.

Den Preis übergibt die Europaabgeordnete [Katrin Langensiepen](#). Sie hält auch die Laudatio.

Über „Bildung und Chancengleichheit“ diskutieren nach der Preisverleihung Backtosch Mustafa als Vertreter von ApplicAid, Katrin Langensiepen und die deutsche Bundestagsabgeordnete Gyde Jensen. Moderiert wird das Gespräch von Clara Drammeh.

Das Potenzial derjenigen fördern, die in der Vergangenheit zu häufig übersehen wurden

Während der Veranstaltung in Berlin wird der Gründer von ApplicAid sein Projekt näher vorstellen. So hilft seine Organisation etwa dabei, tausende Stipendienprogramme für benachteiligte Gruppen zugänglicher zu machen.

ApplicAid informiert und begleitet Student*innen während des gesamten Bewerbungsprozesses und bietet ein persönliches Mentoring-Programm an, „damit das Potenzial der Menschen gefördert wird, die in der Vergangenheit zu häufig übersehen wurden“, sagt Backtosch Mustafa. Er wird den Europäischen Bürgerpreis als Vertreter von ApplicAid in Berlin entgegennehmen.

Mit dem Europäischen Bürgerpreis werden Projekte ausgezeichnet, die zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und zur Integration in der EU beitragen.

Weitere Informationen

[Mehr zu ApplicAid und dem Bürgerpreis](#)



Energieeffizienz: „Wir müssen ehrgeiziger sein.“

Das Parlament verschärft Vorschriften über Energieeffizienz, damit die EU bis 2050 CO₂-neutral wird. Die Energieeffizienz-Richtlinie gilt für energieintensive Sektoren wie Schwerindustrie und Rechenzentren. Auch öffentliche Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser sollen besser gedämmt werden. Ein Projekt in der slowenischen Hauptstadt Laibach dient als Wegweiser.



Energieeffizienz-Richtlinie: „Wir müssen ehrgeiziger sein.“

Monatliche Mindestlöhne in Europa



*in der ersten Hälfte des Jahres 2022
Quelle: Eurostat (earn_mw_cur), 2022





Die Plenarwoche

Thementicker - Wichtige Ereignisse
im Überblick



Montag, 12.9. ab 17 - 23 Uhr

Debatten

- Keine weltweite Entwaldung durch EU-Lieferketten
- Neue EU-Waldstrategie für 2030 – nachhaltige Waldbewirtschaftung
- Überwachungssysteme und Spionageprogramme in Griechenland
- Energie-Effizienz-Richtlinie

- Kurze Darstellung folgender Berichte:
 - Folgen der durch COVID-19 ausgefallenen Aktivitäten auf Kinder & Jugendliche
 - Zwischenbericht zur Reform des mehrjährigen Finanzrahmens



Dienstag, 13.9. 9 - 22 Uhr

Debatten

- Kampf gegen Klimawandel: Folgen von Dürre, Bränden und Extremwetter
- Was Europa ausmacht: Rede Sanna Marin, Finnlands Ministerpräsidentin
- Angemessene Mindestlöhne in der EU
- Richtlinie für Erneuerbare Energie
- Fragestunde Kommission: Stand des Krieges in der Ukraine
- Die Lage in der Taiwan-Straße
- Ratsposition zum Entwurf des Haushaltsjahr 2023
- Südliche Partnerschaft – eine neue Agenda für den Mittelmeerraum
- Handlungsbedarf auf EU-Ebene für die humane Behandlung von Migranten
- Das neue europäische Bauhaus

Abstimmungen (final)

- Dringlichkeitsverfahren: Makrofinanzhilfe für die Ukraine
- Einheitliche Kontrolle von Gefahrguttransporten auf der Straße
- Änderungen des Internationalen Zucker-Übereinkommens
- Fischereiabkommen EU und Mauritius: Fangmöglichkeiten und Gegenleistung
- Berichtigungshaushaltsplans 2/2022: Überschuss aus Haushaltsjahr 2021
- Eigenkapitalverordnung im Bereich der Abwicklung („Beteiligungsketten-Ansatz“)
- Verantwortungsvolle private Finanzierung von Rechtsstreitigkeiten
- Zwischenbericht zur Reform des mehrjährigen Finanzrahmens



Mittwoch, 14.9. 9 - 22 Uhr

Debatten

- Die Lage der Union mit Ursula von der Leyen
- Artikel 7 Ungarn: Verletzung rechtsstaatlicher Werte
- Grundrechte-Jahresbericht 2020/21 in der EU
- Rechtswidrige Inhaftierung des Oppositionsführers in Bulgarien
- Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen Demokratie und Rechtsstaat:
 - Zwangsdeportation ukrainischer Zivilisten nach Russland & Zwangsadoption

- Uganda und Tansania: Investitionen in Projekte für fossile Brennstoffe
- Nicaragua, insbesondere die Verhaftung des Bischofs Ronaldo Álvarez
- 8. Kohäsionsbericht über den Zusammenhalt in der EU
- Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration

Abstimmungen (final)

- Energieeffizienz (Neufassung)
- Angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union
- Richtlinie über erneuerbare Energien
- Südliche Partnerschaft – eine neue Agenda für den Mittelmeerraum
- Das neue europäische Bauhaus



Donnerstag, 15.9. 9 - 16 Uhr

Debatten

- Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien
- Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa
- Stand der KMU-Union
- Umweltkatastrophe an der Oder

Abstimmungen (final)

- Menschenrechtsverletzungen:
 - Zwangsverschleppung ukrainischer Zivilisten nach Russland & Zwangsadoption ukrainischer Kinder in Russland
 - Uganda und Tansania: Investitionen in Projekte zur Nutzung fossiler Brennstoffe
 - Nicaragua, insbesondere die Verhaftung von Bischof Ronaldo Álvarez
- Artikel 7 Ungarn: Verletzung rechtsstaatlicher Werte
- Grundrechte in der Europäischen Union 2020 und 2021
- 8. Kohäsionsbericht über den Zusammenhalt in der EU
- Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration
- Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen
- Neue Industriestrategie für Europa
- Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen
- Die Lage in der Taiwanstraße

[Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. bis 15. September](#)

[Die fortlaufend aktualisierte Tagesordnung mit Links zu allen relevanten Dokumenten](#)

[Die Plenartagung des Europäischen Parlaments und alle Pressekonferenzen im Livestream](#)
[Webseite des Multimediazentrums des EP \(EN\)](#)



Terminkalender

Ausgewählte Veranstaltungen und Termine der
Plenarwoche im Überblick.

Aus dem Europäischen Parlament:

 26. - 29. September 2022

Ausschuss-Sitzungswoche in Brüssel

 3. - 6. Oktober 2022

Plenrtagung in Straßburg

Aus dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in

Deutschland:

Alle Termine mit weiteren Informationen und Links gibt es zu gegebener Zeit auf www.europarl.de



Mittwoch, 14. September, 8.50-11.30, Europäisches Haus, Berlin

Rede zur Lage der EU von Kommissionspräsidentin von der Leyen

Liveübertragung der SOTEU-Rede und Debatte zur Lage der Union mit anschließender Paneldebatte mit Luisa Neubauer oder Helena Marschall von Fridays for Future sowie Jugendvertreter*innen.

[Mehr Informationen hier](#)



Mittwoch, 14. September, 9.00-12.00, Café Luitpold, München

Rede zur Lage der EU von Kommissionspräsidentin von der Leyen

In München wird die Rede ebenfalls live gestreamt im Cafe Luitpold und mit Expert*innen und Bürger*innen diskutiert.

[Mehr Informationen hier](#)



Montag, 19. September 16 Uhr, Europäisches Haus, Berlin + Streaming

Verleihung des Europäische Bürgerpreises 2022

Die Organisation ApplicAid erhält den Bürgerpreis 2022. Nach der Verleihung folgt eine Diskussion mit MdEP Katrin Langensiepen, MdB Gyde Jensen und Gründer von ApplicAid, Backtosch Mustafa über "Bildung und Chancengleichheit". Moderation: Clara Drammeh.

[Anmeldung hier](#)

Weitere Informationen



Sonntag, 25. September, 18 Uhr, Stuttgart

LUX GEWINNERFILM 2022 & TALK

Kinofans aus und um Stuttgart können im CINEMA Kinosaal den LUX-Publikumspreis Gewinner 2022 „Quo vadis, Aida“ anschauen und mit EP-Vizepräsidenten Rainer Wieland und Kamerafrau Christine A. Maier diskutieren.

[Anmeldung und Infos](#)



Freitag, 30. September um 11 Uhr, Europäisches Haus, Berlin

Grenzkontrollen - Berichterstatter im Dialog

Gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Deutschland setzt das Verbindungsbüro des EP die Reihe "Berichterstatter im Dialog" fort. MdEP Birgit Sippel spricht u.a. über die Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen.

[Anmeldung hier](#)



ERLEBNIS EUROPA am Brandenburger Tor ist täglich zwischen 10:00 und 18:00 Uhr geöffnet!

Die multimediale Ausstellung im Europäischen Haus ist weiterhin täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Kommen Sie vorbei und lernen Sie Europa auf eine völlig neue Art und Weise kennen.

In der Ausstellung erfahren Sie, wie europäische Politik gestaltet wird und wie Sie selbst aktiv werden können. Und das in 24 europäischen Sprachen! Im 360°-Kino können Sie außerdem eine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments miterleben.

Der Eintritt ist frei. Es gilt die 2G-Regel sowie Maskenpflicht.

ERLEBNIS EUROPA - Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin

Am Brandenburger Tor, Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel: +49 30 2280 2900 , frage@erlebnis-europa.eu, www.erlebnis-europa.eu

Kontakt & Impressum

Pressedienst in Berlin, Deutschland

Judit Hercegfalvi, Pressereferentin

Telefon: +49(0)30 2280 1080

Thilo Kunzemann, Pressereferent

Telefon: +49(0)30 2280 1030

Philipp Bauer, Pressereferent

Telefon: +49(0)30 2280 1025

» presse-berlin@ep.europa.eu

Pressedienst in Brüssel & Straßburg

Armin Wisdorff, Pressereferent

Telefon: +32 228 409 24 (Brüssel)

Telefon: +33 388 173 780 (Straßburg)

Mobil: +32 498 98 13 45

» presse-DE@europarl.europa.eu



Europäisches Parlament
Verbindungsbüro
in Deutschland

Europäisches Parlament
Verbindungsbüro in Deutschland

Georg Pfeifer, Leiter
Unter den Linden 78
10117 Berlin

» www.europarl.de

© 2019 - Europäisches Parlament, Verbindungsbüro

Rechtlicher Hinweis

EP.NEWS abbestellen

Wenn Sie die EP.NEWS nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff » Abbestellen « an:

» EPBerlin-Newsletter@ep.europa.eu

EP.NEWS an eine andere E-Mail

Wenn Sie die EP.NEWS an eine andere E-Mail erhalten möchten, schicken Sie Ihren Änderungswunsch mit dem Betreff » Andere Adresse « an:

» EPBerlin-Newsletter@ep.europa.eu